

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung.....	15
II.	Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements.....	19
1.	Ehrenamtliches Engagement.....	19
1.1	Unterschiede in der Teilnahme	19
1.2	Tätigkeitsfelder	21
2.	Bedingungsrahmen des freiwilligen Engagements	23
2.1	Motive der Freiwilligen.....	23
2.2	Organisatorische Bedingungen.....	25
2.3	Hauptamtliche Mitarbeiter als Ansprechpartner für Freiwillige	26
2.4	Verbesserungswünsche der Freiwilligen.....	28
III.	Unterschiedliche Definitionen von Zivilgesellschaft.....	29
1.	Eine Auswahl	29
1.1	Freiwilligensurvey	29
1.2	Definition von Bernhard Mark-Ungericht	30
1.3	Antonio Gramscis Begriffsbestimmung	30
1.4	Dieter Gosewinkels und Dieter Ruchts Deutung von Zivilgesellschaft.....	30
1.5	Definition der Zeitschrift „Sonderweg“	31
1.6	Zivilgesellschaft aus der Sicht von Thomas Klie.....	32
1.7	Julia Mohrs Definitionsversuch.....	33
1.8	Zivilgesellschaftsdefinition der Bundeszentrale für politische Bildung.....	33
1.9	Thomas Carothers' kritische Definition der Zivilgesellschaft auf dem Hintergrund US-amerikanischer Erfahrungen	34
1.10	Christoph Sebalds Kritik an der Zivilgesellschaft.....	37
1.11	Die spezifische Positionsbestimmung der EU-Kommission.....	39
1.12	Thomas Kerns Bestimmung der Grenzen zivilgesellschaftlichen Engagements	40
1.13	Variabilität und Differenz in der Definition von Zivilgesellschaft	41

IV.	Unterschiedliche Motivationen.....	43
1.	Der unterschiedlich motivierte zivilgesellschaftlich tätige Mensch als Ursache widersprüchlicher Definitionen	43
1.1	Selbstgesetzliches und eigennütziges Verhalten von Menschen.....	45
1.1.1	Begriffliche Analyse des Verhältnisses von Selbstgesetzlichkeit und Eigennutz	45
1.1.2	Analyse des praktischen Verhaltens.....	46
1.2	Handlungslogisch orientierte Analyse zivilgesellschaftlichen Engagements	46
1.3	Handlungslogik in der organisierten Zivilgesellschaft	48
V.	Interaktionen zwischen Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft zur Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“	51
1.	Definition des „formlosen Gegenhalts“	51
2.	Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ durch den Staat?	52
2.1	Die Exekution von Macht als Handlungslogik von Exekutive, Legislative und Judikative.....	54
3.	Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ durch die Ökonomie?.....	56
3.1	Ungleichheit in gesellschaftlichen Tauschverhältnissen	56
3.2	Ungleichgewichtige Aufteilung zwischen „Für-sich“ und „Für-den-Anderen“	58
4.	Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ durch die Zivilgesellschaft?	59
VI.	Gemeinwohlbestimmungen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft	63
1.	Extreme in der Gemeinwohlausrichtung	63
2.	Anspruch auf Deutungshoheit durch hegemoniale Formationen	64
2.1	Diskursive Formationen.....	64
2.2	Was unterscheidet die hegemoniale von der diskursiven Formation?	65
2.3	Die Praxis hegemonialer Formationen	66

2.3.1	Nichtbeachtung des formlosen Gegenhalts.....	66
2.3.2	Destruktion des formlosen Gegenhalts und einseitige Gemeinwohlorientierung.....	67
2.4	Unzutreffende Differenzbestimmung zwischen Interesse und Gemeinwohl am Beispiel Dietmar von der Pfordtens Untersuchung „Über den Begriff des Gemeinwohls“	70
3.	Anspruch des Staates auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?.....	74
3.1	Das Eingriffsrecht des Staates	74
3.2	Deutungsanspruch des Staates in Staatstheorien	75
3.2.1	Der Staat als Stufe in der Reinkarnation des entäußerten Weltgeists (Georg Wilhelm Friedrich Hegel).....	75
3.2.2	Der Staat als Garant einer gerechten Gesellschaft (Martha Nussbaum).....	76
3.2.3	Der Staat als Garant einer „Kultur der Freiheit“ (Julian Nida-Rümelin)	79
3.2.4	Der Staat als Garant eines bürgernahen Kapitalismus (Lisa Herzog).....	80
4.	Anspruch der Ökonomie auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?.....	82
4.1	Unhinterfragte Annahmen der makroökonomischen Grenzproduktivitätstheorie.....	82
4.2	Kapitalrendite höher als der wirtschaftliche Ertrag aus dem Verkauf von Arbeitskraft – Thomas Pikettys $r > g$	85
4.3	„Ureigenster Verdienst“ der Erfolgreichen?.....	89
4.4	„Marktversagen“ und ökonomische Macht (Joseph E. Stiglitz “Price of Inequality”)	91
5.	Anspruch der Zivilgesellschaft auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?.....	92
5.1	Zivilgesellschaftliche Gemeinwohlvorstellungen	92
5.1.1	Das engere Wohn- und Lebensumfeld als Ausgangspunkt der Wahrnehmung	92

5.1.2	Gleichheit in der Ungleichheit	93
6.	Kritikwürdige Zustände	95
6.1	Fragen an die Repräsentanten des Volkes.....	95
6.2	Ab wann und wie werden Wähler manipuliert?	96
6.3	Fragen anlässlich der Mindestlohndebatte	97
6.4	Fragen zur Daseinsfürsorge.....	99
6.5	Negative Auswirkungen der Steuergesetzgebung	100
6.6	Fragen zum Verhältnis zwischen Legislative, Exekutive und Judikative.....	102
6.7	Fragen zur Selbstheilungskraft des Marktes	102
6.8	Klagen über zunehmend ungleiche Einkommen und Vermögen.....	105
6.9	Konzentration in der Medienbranche	106
VII.	Die Zivilgesellschaft im Konkurrenzkampf mit Staat und Wirtschaft um die Ausformulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls	109
1.	Zivilgesellschaftliche Gemeinwohlbelange.....	109
1.1	Mehr Repräsentation und weniger Herrschaft	109
1.2	Weitgehende Entscheidungsfreiheit der Repräsentanten gegenüber außerparlamentarischen gesellschaftlichen Kräften	119
1.3	Zivilgesellschaftliches Engagement ermöglichende Arbeitszeiten, Löhne, Gehälter und Renten.....	122
1.4	Restrukturierung der Daseinsvorsorge	125
1.4.1	Exkurs: Kontroverse um eine die Leistungsbereitschaft der Bürger unterstützende staatliche Daseinsvorsorge am Beispiel des Konflikts zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten.....	126
1.4.1.1	Staatliche Daseinsfürsorge im Widerstreit.....	126
1.4.1.2	Der Prozess der vertraglichen Verankerung in der EU	127
1.4.1.3	Umsetzung unter den Vorzeichen des Neoliberalismus	133

1.5	Voraussetzungen für eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung.....	135
1.6	Das Gebot einer ungleiche Lebensverhältnisse ausgleichenden Steuerpolitik	137
1.6.1	Unterschiedliche Besteuerungsmethoden	137
1.6.2	Steuerpolitik am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland	138
1.6.2.1	Einkommensteuer	138
1.6.2.2	Ertragsteuer	139
1.6.2.3	Verbrauchssteuer	139
1.6.2.4	Substanzsteuer	140
1.6.3	Wachsende Ungleichheit als Folge unterschiedlicher Regelungen.....	141
1.7	Die Bewahrung von Medienvielfalt zur Artikulation von und Kritik an gesellschaftlichen Missständen.....	142
1.8	Ein austariertes Verhältnis zwischen Exekutive, Legislative und Judikative	145
2.	Einverleibung zivilgesellschaftlicher Gemeinwohlbelange durch den Staat	147
3.	Einverleibungsversuche zivilgesellschaftlicher Gemeinwohlbelange durch staats- oder unternehmensfreundliche Stiftungen – z.B. Stiftung Zukunft Berlin, Netzwerk Bürgerbeteiligung, Bertelsmann Stiftung	149
4.	Einverleibungsversuche zivilgesellschaftlicher Gemeinwohlbelange durch Unternehmen und Markt – Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).....	150

VIII.	Staatliches Handeln zwischen Markt und Macht.....	155
1.	Unzulängliches Eingreifen des Staates	155
1.1	Die Illusion des idealen Marktes	155
1.2	Öffnung der hierarchischen Struktur des Staates	155
1.3	Ungenügendes Eingreifen des Staates (dargestellt durch Joseph E. Stiglitz am Beispiel der USA)	156
1.4	Stiglitzs Reform Agenda	159

IX.	Ein austariertes Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichem, staatlichem und ökonomischem Gemeinwohl in der Gesamtgesellschaft	163
1.	Zu relativierende Deutungsansprüche	163
1.1	Relativierter Deutungsanspruch des Staates	163
1.2	Relativierter Deutungsanspruch der Ökonomie	165
1.3	Relativierter Deutungsanspruch der Zivilgesellschaft	165
2.	Präsentation eines austarierten Verhältnisses zwischen den drei gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohlbestimmungen	166
2.1	Was bedeutet mehr Repräsentation und weniger Herrschaft des Staates?	167
2.2	Wie erreicht man mehr Entscheidungsfreiheit der Repräsentanten in Legislative, Exekutive und Judikative gegenüber mächtigen außerparlamentarischen Kräften?	168
2.3	Wie sind Arbeitszeiten, Löhne, Gehälter und Renten auszurichten, damit zivilgesellschaftliches Engagement möglich ist?	169
2.4	Auf welche Weise muss die Daseinsvorsorge restrukturiert werden?	170
2.4.1	Gesundheitsanforderungen und mehr Ernährungssicherheit	170
2.4.2	Kultur	171
2.4.3	Bildung	173
2.4.4	Umwelt, Wasser, Energie und Transport.....	176
2.4.5	Wohnungswesen	177
2.5	Steuerpolitik zur Herstellung einer als gerecht empfundenen Einkommens- und Vermögensverteilung.....	178
2.6	Informations- und Meinungsfreiheit	180
2.6.1	Schutz vor weltweiter Ausspähung der Bürger durch Geheimdienste.....	181
X.	Zusammenfassung und Schlussreflexion.....	187
1.	Partialinteresse und Gemeinwohl	187
2.	Vom ehrenamtlichen Engagement zur organisierten Zivilgesellschaft	188
3.	Selbstgesetzliches und eigennütziges Handeln.....	189

4.	Die Erhaltung des „formlosen Gegenhalts“ in der Gesellschaft.....	190
5.	Kann der Staat seiner ihm anvertrauten Aufgabe gerecht werden, den „formlosen Gegenhalt“ zu erhalten?.....	190
6.	Kann die Ökonomie den „formlosen Gegenhalt“ garantieren?	191
7.	Erhält zivilgesellschaftliches Handeln den „formlosen Gegenhalt“?	192
8.	Was spricht gegen den Anspruch des Staates auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?	192
9.	Woran mangelt es der Ökonomie, die Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls zu beanspruchen?.....	193
10.	An welchem Mangel scheitert bisher der Anspruch der Zivilgesellschaft auf Deutungshoheit in der Formulierung des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls?.....	194
11.	Was sind zivilgesellschaftliche Gemeinwohlbelange? – eine kurz gefasste Aufzählung der wichtigsten Belange....	194
12.	Anstrengungen zur Schaffung eines austarierten Verhältnisses zwischen zivilgesellschaftlichem, staatlichem und ökonomischem Gemeinwohl in der Gesamtgesellschaft	195
XI.	Anmerkungen	197
XII.	Literaturverzeichnis	205